

Medieninformation

Herausgegeben vom Hauptvorstand
der Industriegewerkschaft
Bergbau, Chemie, Energie,
Presseabteilung
Königsworther Platz 6, 30167 Hannover

Verantwortlich: Bernd Leibfried
Telefon: 0511 7631-324 u. -329
Telefax: 0511 7000891
E-Mail: presse@igbce.de
Internet: www.igbce.de

Zur freien Auswertung
durch die Agenturen
und Redaktionen von
Presse, Funk und
Fernsehen

Industriegewerkschaft
Bergbau, Chemie, Energie



4. Ordentlicher Gewerkschaftskongress

Mittwoch, 14. Oktober 2009

Grundsatzreferat

Michael Vassiliadis
Vorsitzender der IG BCE

Solidarität
Verantwortung
Innovation

Mit Fortschritt aus der Krise!

(Es gilt das gesprochene Wort)

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

wir alle stehen heute noch ein wenig unter dem Eindruck des gestrigen Abends.

Es ist sicherlich eine besondere Auszeichnung, wenn der Bundespräsident erklärt, dass sich unsere noch junge Gewerkschaft um die Wirtschafts- und Sozialgeschichte unseres Landes verdient gemacht hat.

Das ehrt unsere IG BCE und würdigt die Leistungen von Hubertus und Werner.

Beide haben die Geschicke der Organisation von Beginn an erfolgreich gelenkt. Daran können wir anknüpfen.

Die Ziele, die wir uns für die Zukunft setzen, ergeben sich aus den großen Themen unserer Zeit.

- Globalisierung und demographischer Wandel, die Bedrohung der natürlichen Lebensgrundlagen,
- die Endlichkeit von Ressourcen,
- die Arbeitslosigkeit und
- der technologiegetriebene Umbau der Arbeitswelt

Das sind einige der Megatrends von weltweit prägender Kraft, die auch die Entwicklung in unserem Land entscheidend beeinflussen.

Wir stellen fest:

Es gibt eine zunehmende Diskrepanz zwischen den Chancen und Risiken dieser Entwicklungen.

Und das fordert unser Handeln heraus.

- Die Globalisierung beispielsweise setzt eine ungeheure Dynamik der Weltwirtschaft frei. Aber dieses Wachstum wirkt vielfach zerstörerisch, statt neuen Wohlstand für mehr Menschen zu schaffen.
- Demographischer Wandel, das wird zumeist mit Verlust an wirtschaftlicher Dynamik, mit Fachkräftemangel und mit Armut im Alter übersetzt.

Warum eigentlich? Mit alters- und altersgerechter Politik könnte unsere Gesellschaft stattdessen reicher und auch lebenswerter werden.

- Einerseits bereiten uns Ressourcenknappheit und Klimawandel große Sorgen. Andererseits entwickeln wir Technologien, die uns grundsätzlich befähigen, auch eine wachsende Weltbevölkerung mit Nahrungsmitteln und Wasser, mit Energie und Rohstoffen zu versorgen.
- Massenarbeitslosigkeit ist ein weltweites Phänomen, und neue Technologien, Rationalisierung und Umstrukturierung verändern die Arbeitswelt. Der Kampf um die Arbeitsplätze wird härter und der Leistungsdruck steigt. Ihr erlebt das an jedem Tag in Euren Betrieben. Das muss nicht zwangsläufig so sein. Im Gegenteil. Hochwertige Arbeit in leistungsfähigen Unternehmen und moder-

nen Industrien, das gibt es auf Dauer nur zu menschengerechten Arbeitsbedingungen. Das kann und das muss die Zukunft sein. Eine gute Zukunft für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, das ist unser Ziel, und das können wir auch erreichen.

Unser Gestaltungsauftrag ist es, die Lücke zwischen Risiken und Chancen zu schließen.

- Wir wollen den neuen realen Gefahren in der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung entgegen treten.
- Wir wollen gleichzeitig die genauso neuen Optionen für eine gute Zukunft nutzen und reale Probleme lösen.

Unser Gestaltungsauftrag ist der Fortschritt.

Wir verstehen darunter Entwicklung zum Besseren – und das beziehen wir auf Wirtschaft und Gesellschaft gleichermaßen.

Die Hoffnung auf Fortschritt hat die Gewerkschaftsbewegung von ihren Anfängen an angetrieben.

Dabei waren technologischer und sozialer Fortschritt stets eng miteinander verknüpft.

Auch heute werden wir nur mit Fortschritt und Innovation die großen Aufgaben der Zukunft lösen.

Dabei muss aber eines klar sein:

Erfolgreiche Innovation und sozialer Rückschritt schließen einander aus.

Aus prinzipiellen Gründen haben wir uns nie dem Wandel verweigert.

Aber wir stellen Ansprüche an jedweden Wandel.

Für uns ist klar:

Das Prädikat Fortschritt verdient der Wandel nur dann, wenn es dabei auch gerecht und solidarisch zugeht.

Der Fortschritt ist für die Menschen da.

Angesichts der vielen Risiken unserer Zeit blicken die Menschen oft skeptisch in die Zukunft.

Manch einer wäre schon froh, es bliebe alles beim Alten.

Das ist sehr verständlich, aber hilft nicht weiter.

Wir brauchen ein motivierendes Fortschrittsbild und eine Vorstellung davon, wie Fortschritte zu erzielen sind.

Unser Kongress soll und wird dazu einen wesentlichen Beitrag leisten.

Für uns gilt:

Vorwärts denken. Verantwortlich handeln.

Für unsere Zukunft und aus Verpflichtung gegenüber den Menschen, der Natur und unseren Kindern.

Sie haben Anspruch darauf, dass wir uns auch über ihre Lebenschancen Gedanken machen und uns nicht nur um die Gegenwart kümmern.

Wir stellen fest:

Vielen Menschen in unserem Land geht es heute sehr viel besser als noch vor 10, 20 oder 30 Jahren, und das ist auch gut so.

Wir haben daran maßgeblich mit gearbeitet.

Nicht gut ist, dass es zugleich vielen schlechter geht, ohne dass sie daran Schuld tragen.

Unsere Gesellschaft driftet auseinander, und das widerspricht dem Versprechen der Sozialen Marktwirtschaft.

Wir haben Bedarf an sozialer Gerechtigkeit.

Und das müssen wir angehen.

Das gilt zum Beispiel

- für die zunehmende Polarisierung in den Einkommens- und Vermögensverhältnissen.
- für die anhaltende Benachteiligung von Frauen.
- für das hohe Armutsrisiko von Kindern.
- für die halbherzige Integration von Zuwanderern.

Solche Entwicklungen passen nicht zu einer offenen Gesellschaft in einem modernen Europa.

Das muss sich ändern.

Wir wollen eine freie, demokratische und solidarische Gesellschaft.

Das ist unser Leitbild, und wenn wir das zum Maßstab nehmen, dann stellen wir fest: Es gibt einen riesigen Handlungsbedarf in unserem Land.

Derzeit werden wichtige Themen von den unmittelbaren Anforderungen zurückgedrängt, die sich aus der Finanz- und Wirtschaftskrise ergeben.

Die tönernen Fundamente der marktradikalen Ideologie sind zerbrochen, zurück bleibt ein Scherbenhaufen von globalem Ausmaß.

Von den Verursachern war schon oft die Rede.

Und das zu Recht.

Weltweit haben sich Fondmanager, Banker und große Teile der Wirtschaftselite dem Kasinokapitalismus hingegeben.

Ob bewusst oder fahrlässig, ob treibend oder getrieben, ob nachdenklich oder lustvoll - die Folgen sind überall real und dramatisch.

Wo Regeln notwendig gewesen wären, haben diese Leute unternehmerische Freiheit gefordert - und in Wahrheit haben sie die Freiheit der Verantwortungslosigkeit gemeint.

Das muss ein Ende haben!

Wer so handelt, der muss auch dafür haften.

Aber es wäre zu einfach, allein im Fehlverhalten von Managern die Erklärung für das zu suchen, was geschehen ist.

Die Krise ist kein bedauerlicher Unfall.

Es geht auch nicht um einige unglückliche Produkte des Finanzmarktes.

Nein, diese Krise war weder Zufall noch Unfall.

Sie ist das unmittelbare Ergebnis einer wirtschaftspolitischen Ideologie, die seit dem Fall des Eisernen Vorhangs in vollem Bewusstsein betrieben und durchgesetzt wurde.

- Völlig unregulierte Märkte und brutale Gier als Leitprinzip - das war gewollt.
- Eine globale Ökonomie, die nicht mehr an politischen und gesellschaftlichen Regeln und Zielen orientiert ist - das war die erklärte Absicht.
- Die verheerenden Folgen für den Zusammenhalt der Gesellschaft - die hat man kaltschnäuzig hingenommen, als angeblich vertretbarer Preis für wirtschaftliche Dynamik.

Diese Form von Kapitalismus ist für uns vollkommen inakzeptabel.

Wir wollen keine Diktatur der Ökonomie, sondern wir wollen unsere Werte in der sozialen Marktwirtschaft durchsetzen.

Wir reden nicht von beliebigen Werten, wir reden von den Grundwerten unserer Gesellschaft. Freiheit für alle, Gerechtigkeit für jeden und Solidarität, der sich niemand verweigert.

Das setzt die notwendigen Grenzen für ökonomische und finanzwirtschaftliche Maximalerfolge.

Das ist unser Leitbild.

Diese grundlegenden Überzeugungen haben wir schon zur Gründung unserer IG BCE formuliert, sie sind unverändert richtig, an ihnen halten wir fest.

Die Krise hat die marktradikale Ideologie widerlegt.

Wir setzen auf unser Modell Deutschland.

Zuerst der Mensch.

Das ist die richtige Richtschnur für Fortschritt und Zukunft.

Es ist unser großer Verdienst, dass wir es im Großen und Ganzen geschafft haben, Arbeitnehmerrechte, Arbeitsplätze und Einkommen zu sichern.

Und dafür habt vor allem Ihr mit Eurer Arbeit in den Betrieben gesorgt.

Danke für Euer Engagement.

Euer Einsatz ist unverzichtbar – für die Menschen und für unser Land.

Euer Einsatz findet mittlerweile auch die längst verdiente Anerkennung in der Gesellschaft.

Ihr habt das Bild von Betriebsräten und Gewerkschaft bei vielen Menschen verändert, aus Vorurteil ist Achtung geworden.

Seit der Bundestagswahl vor zwei Wochen werden in unserem Land allerdings schon wieder Stimmen laut, die man so lange nicht mehr gehört hatte.

Nur einen Tag nach dem schwarz-gelben Wahlsieg präsentierte zum Beispiel in Berlin der Präsident des

Deutschen Industrie- und Handelskammertages einen altbekannten Forderungskatalog.

Da fragt man sich, ob Leute wie Hans Heinrich Driftmann aus der Krise eigentlich irgendetwas gelernt haben.

Ich befürchte: Nein.

Aber ich finde, auch von den Spitzenverbänden der Wirtschaft darf man mehr erwarten als die simple Neuauflage der gerade gescheiterten marktradikalen Ideologie.

- Wer den Kündigungsschutz verringert, gibt das Signal zu Massenentlassungen.
- Wer die Mitbestimmung verringert, verabschiedet sich von sozialer Partnerschaft und Teilhabe der Beschäftigten.
- Wer die Tarifautonomie durch betriebliche Bündnisse erst schwächen und am Ende wohl ersetzen will, der stellt die gewerkschaftliche Mitgestaltung grundsätzlich infrage - und damit auch die Soziale Marktwirtschaft.

Ich hoffe sehr, dass die Kanzlerin gegenüber solcher Unvernunft standhaft bleibt.

Die Vorschläge, die im Augenblick in der Arbeitsgruppe Wirtschaft der Koalition diskutiert werden, lösen kein einziges Problem, sondern vergiften das soziale Klima.

Oder glaubt irgendjemand, die Gewerkschaften würden derartige Provokationen reingelos hinnehmen?

Die IG BCE sicher nicht.

Die Wirtschaftsverbände, aber auch die Regierungsparteien sollten sich vor einem Missverständnis hüten.

Das Wahlergebnis ist kein Votum für neue ökonomische Exzesse.

Die Menschen erwarten Kontinuität in der Krisenbekämpfung.

Die Krise ist natürlich zu Recht das beherrschende Thema in diesen Tagen.

Sie erfordert schnelles Handeln, weil jedes Zögern die Probleme größer werden lässt.

Das gilt für die Finanzmärkte genauso wie für den Arbeitsmarkt oder die Staatsfinanzen.

In dieser außergewöhnlich schwierigen wirtschaftlichen Situation hat noch die alte Bundesregierung die großen Wirtschaftsakteure zum Krisengipfel ins Kanzleramt eingeladen.

Das erfolgte damals in der richtigen Annahme, dass der Staat allein mit der Krisenbekämpfung überfordert wäre.

Heute geht es um weit mehr als um politisches Notfallmanagement.

Heute geht es darum, wie wir verhindern, dass sich eine solche Krise wiederholen kann.

Heute geht es um Konzeptionen für eine verantwortliche Wirtschaft mit Weitsicht.

Wir schlagen deshalb vor, die bisherigen Gesprächsrunden zur akuten Krisenbekämpfung nicht nur fortzuführen, sondern dauerhaft zu etablieren und thematisch zu erweitern.

Deshalb schlagen wir der Bundesregierung vor, einen „Rat für verantwortliches Handeln in der sozialen Marktwirtschaft“ zu schaffen.

- Wir wollen damit einen neuen gesellschaftlichen Konsens über „Verantwortung in der Wirtschaft“ ermöglichen.
- Wir wollen zudem eine Selbstverpflichtung aller wichtigen Akteure in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft auf „Grundsätze einer nachhaltigen Entwicklung“ erreichen.
- Und wir verstehen „verantwortliches Handeln in der sozialen Marktwirtschaft“ auch als eine Antwort auf die Akzeptanzkrise industrieller Produktion in Deutschland.

Wir verbinden diesen Vorschlag mit einem ausdrücklichen Angebot an die neue Bundesregierung zur Zusammenarbeit.

Wenn es darum geht, die Prinzipien Vernunft und Verantwortung in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft neu verankern, dann sind wir gerne bereit, das zu unterstützen.

Im Spannungsfeld von ökonomischen Interessen, ökologischen Notwendigkeiten und sozialen Verpflichtungen ergeben sich Zielkonflikte, die benannt und gelöst werden müssen.

Unsere IG BCE kann dazu einen unverzichtbaren Beitrag leisten.

- Wir sind in den Unternehmen und in der Wirtschaft zuhause, wir sind Teil der Gesellschaft und wir sind in der Politik präsent.
- Wir kennen die Realitäten in den Betrieben und auf den Märkten, wir kennen die Arbeits- und Lebensbedingungen unserer Mitglieder, wir kennen ihre Sorgen um unsere Umwelt.

Es ist das Alleinstellungsmerkmal der Gewerkschaften, dass sie in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft handlungsfähig sind.

Aus dieser besonderen Rolle heraus wissen wir, dass es nicht genügt, Einzelinteressen zu vertreten.

Unsere Gesellschaft insgesamt muss lernen, in Zusammenhängen zu denken, angefangen bei Bankern und Managern.

Die Bürgerinnen und Bürger wollen kein gesellschaftliches Gegeneinander, sondern Solidarität und eine Erneuerung der Werte unseres Landes.

Das ist die feste Überzeugung der IG BCE.

Unsere Erfahrungen aus dem Wittenberg-Prozess mit dem Bundesarbeitgeberverband Chemie zeigen, dass eine solch dringend notwendige Verständigung gelingen kann - den guten Willen auf Seiten aller Beteiligten vorausgesetzt.

Wir müssen auch deshalb mehr für den gesellschaftlichen Zusammenhalt tun, weil die Bindungskraft der großen Volksparteien nachlässt.

CDU, CSU und SPD haben am Wahlsonntag historisch niedrige Ergebnisse erzielt, die früher kleinen Parteien sind heute alle im zweistelligen Prozentbereich.

- Darin spiegelt sich zum einen die größere Vielfalt in unserer Gesellschaft wider. Das macht es sicherlich schwieriger, ein politisches Angebot für alle Bürgerinnen und Bürger zu formulieren.
- Darin spiegelt sich zum anderen wider, dass die Politik offenbar wesentliche Aufgaben vernachlässigt hat. Das erst hat die Grünen und die Linke als neue Parteien hervorgebracht.
- Hinzu kommt, dass die Nicht-Wähler heute zur größten Wählergruppe geworden sind. Viel zu viele Menschen fühlen sich offensichtlich von keiner politischen Partei hinreichend angesprochen.

Ausgerechnet in einer Zeit, in der ganzheitliches Denken notwendiger denn je wäre, droht nun das Gegenteil.

Gerade die kleineren Parteien werden sich ermutigt fühlen, im politischen Wettbewerb die jeweiligen Einzelinteressen stärker zu betonen.

Wir sollten uns allerdings nicht damit aufhalten, eine solche Entwicklung zu beklagen.

Demokratie bringt nicht immer die Ergebnisse hervor, die man selbst für richtig hält. Was wir tun müssen, ist, uns auf das neue Fünf-Parteien-System einzustellen.

Und wir werden unsere politische Arbeit intensivieren müssen, um Mehrheiten für eine nachhaltige Politik in den Dimensionen Ökonomie, Ökologie und Soziales zu organisieren.

Was das bedeutet, werde ich in fünf Punkten kurz darstellen:

1. werden wir, wie bislang auch, mit jeder gewählten Regierung konstruktiv zusammenarbeiten, es sei denn, dieses Angebot wird zurückgewiesen.
2. suchen wir das Gespräch mit allen in den Parlamenten vertretenen demokratischen Parteien, um die politische Willensbildung im Sinne unserer Mitglieder zu beeinflussen.
3. Wir sind überzeugt: Dieses Land braucht eine starke Sozialdemokratie. Eine Sozialdemokratie, die soziale Verantwortung mit Realismus in der Gestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft vereint. Mit den Sozialdemokraten verbindet uns eine lange, erfolgreiche Geschichte. Diese Tradition verpflichtet.
4. Mit den Grünen bleiben wir im Gespräch und erwarten insbesondere, dass sie neben ökologischen Fragestellungen künftig auch solche von ökonomischer und sozialer Bedeutung stärker berücksichtigen.
5. Die Linke messen wir – wie alle anderen auch – an ihrem Programm und ihrer konkreten Politik. Ein Programm gibt es bislang aber so wenig wie eine verbindliche Aussage zur Sozialen Marktwirtschaft und zur Sozialpartnerschaft. Ich gehe davon aus, dass nach der Wahl nun ein Klärungsprozess einsetzt,

welche Rolle die Partei auf Dauer spielen will. Wir werden das genau beobachten und dann in den Dialog gehen.

Die IG BCE folgt in ihrer Politik nicht irgendeiner Lagerlogik, sondern sie ist ihren Mitgliedern und dem Prinzip der Einheitsgewerkschaft verpflichtet.

Und das heißt auch zu sehen, dass sich die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer am Wahlsonntag höchst unterschiedlich entschieden haben – oder auch gar nicht gewählt haben.

Zur NPD haben wir am Montag einen klaren Beschluss gefasst. Und wir fordern das Verbot dieser Partei.

Die Demokratie muss sich gegen ihre Feinde wehren.

Das Verbot der verfassungsfeindlichen NPD darf nicht noch einmal an ungeschickten Verfassungsschützern scheitern.

Und wir brauchen ein Bündnis aller Demokraten gegen jede Form von Rechtsextremismus.

Gegen Intoleranz und Fremdenfeindlichkeit findet man uns immer in der ersten Reihe.

Das sind wir unseren Überzeugungen und unserer Geschichte schuldig.

Das ist demokratische Tradition unserer IG BCE, und darauf sind wir stolz.

Für die Zukunft ist zweifellos entscheidend, welche Politik die schwarz-gelbe Koalition in ihrer Regierungsarbeit umsetzen will.

Eine seriöse Prognose dazu lässt sich erst nach Abschluss der Koalitionsverhandlungen treffen.

Dann wird erkennbar sein, ob sich die kurzsichtige Klientel-Politik der FDP durchsetzt, was sicher schlimm wäre.

Das Wichtigste ist im Augenblick, die Politik zur Sicherung von Beschäftigungsverhältnissen fortzusetzen und Arbeitslosigkeit zu bekämpfen.

Ich hoffe nicht, dass dieses große Ziel im parteipolitischen Klein-Klein untergeht.

Das wäre schlimm für die Menschen, das darf nicht passieren.

Zwar hat sich die wirtschaftliche Lage insgesamt stabilisiert, jedoch auf einem niedrigen Niveau.

Außerdem sind die Verhältnisse von Betrieb zu Betrieb und in den Branchen höchst unterschiedlich.

Die einen sind noch weit entfernt von einer halbwegs normalen Auslastung oder gar in Insolvenz oder Konkurs.

In anderen Unternehmen lässt ein wieder guter Auftragseingang hoffen.

Bislang sind Massenentlassungen in unseren Branchen kein Thema, von wenigen Ausnahmen abgesehen.

Ich gehe davon aus, das bleibt so.

Wir haben jedenfalls keine Hinweise, dass unsere Arbeitgeber das Wahlergebnis als Aufforderung zu einem Kurswechsel auffassen.

Dennoch ist nicht auszuschließen, dass in einigen Fällen die bisherigen Regelungen zum Kurzarbeitergeld nicht ausreichen.

Darauf muss man vorbereitet sein und rechtzeitig gegensteuern.

Wir schlagen deshalb vor, auf Branchenebene Fonds zur Finanzierung der so genannten Remanenzkosten bei Kurzarbeit einzurichten.

Dabei handelt es sich um die Kosten, die nicht durch das Kurzarbeitergeld abgedeckt werden.

Diese Kosten sollen ab dem 7. Monat Kurzarbeit aus dem neuen Fonds bezahlt werden.

Das ist allerdings an eine Bedingung geknüpft.

Die Zeit der Kurzarbeit muss zur weiteren Qualifizierung der Beschäftigten genutzt werden.

Das klappt bislang nur unzureichend, und das wollen wir ändern.

Die dafür erforderlichen Mittel belaufen sich auf maximal fünf Milliarden Euro im Jahr.

Das ist ein Prozent vom 500-Milliarden-Rettungsschirm der Banken.

Dieses eine Prozent wollen wir nun als Gegenleistung der Finanzinstitute zurück – in Form einer neuen Kurzarbeiter-Abgabe.

Unser Vorschlag verbindet kurzfristige Arbeitsmarktpolitik mit weitsichtiger Personalplanung und nachhaltiger Entwicklung. Das ist für die Betriebe wie für die Beschäftigten von Vorteil.

Wenn es wieder aufwärts geht, dann mit der bisherigen, aber besser qualifizierten Belegschaft.

Noch immer kommt es entscheidend darauf an die tiefste Wirtschaftskrise der Nachkriegszeit erst einmal zu überbrücken, so gut es eben geht.

Notwendig ist deshalb, ein – mittelfristig angelegtes - Sofortprogramm gegen Ausbildungsnot und Jugendarbeitslosigkeit auf den Weg zu bringen.

- Ein bewährtes Instrument, das wir gut kennen, läuft 2009 aus. Aber es macht nun wirklich keinen Sinn, ausgerechnet in der Krise auf die Möglichkeiten der Altersteilzeit zu verzichten. Deshalb fordern wir die Fortschreibung der Altersteilzeit – als eine befristete Beschäftigungsbrücke zwischen Jung und Alt in den Betrieben. Wir erwarten von der Politik, dass sie

nicht tatenlos zusieht, wenn junge Menschen zu Zehntausenden um Zukunftschancen gebracht werden. Und deswegen werden wir bei der Altersteilzeit auch nicht locker lassen.

- Ein neues Instrument ist die Möglichkeit, Ausgelernte – wenn nötig - auch in Kurzarbeit Null einzustellen. Das haben wir vorgeschlagen und Bundesarbeitsminister Olaf Scholz hat das dann umgesetzt. Jetzt müssen wir die Unternehmen dazu bringen, die jungen Leute tatsächlich in Kurzarbeit Null zu übernehmen, wenn es sonst keine Beschäftigungsmöglichkeit im Unternehmen geben sollte.

Wir brauchen aber darüber hinaus Instrumente für zusätzliche Ausbildungsplätze und für die Übernahme nach der Ausbildung.

- Deshalb schlagen wir eine Ausbildungsprämie von einmalig 5.000 Euro vor. Damit können Unternehmen gefördert werden, wenn sie eine Ausbildungsquote von 4,5 Prozent überschreiten, dabei ihre Ausbildungskapazitäten halten oder wenn sie erstmalig Ausbildungsplätze bereit stellen. Die erforderlichen Mittel sollten von den Unternehmen aufgebracht werden, die unter dieser Ausbildungsquote liegen. Zur Umsetzung dieses Vorschlags sind die Branchen durch den Gesetzgeber in die gesellschaftliche Pflicht und Verantwortung zu nehmen. Die Unternehmen müssen handeln, und die Politik muss handeln. Wir brauchen bestmögliche Ausbildung für alle jungen Männer und Frauen und wir müssen auch sehen, dass wir Ausbildungschancen für diejenigen schaffen, die heute noch bei den Bewerbungen durchfallen.
- Für die Zeit der Krise ist es zudem angebracht, Unternehmen zu fördern, wenn sie ihren ausgelernten Azubis unbefristet einstellen. Wir appellieren an den Gesetzgeber, die Einstellungsbereitschaft mit einer befristeten Prämienlösung zu unterstützen.

Wir erwarten, dass sich die neue Bundesregierung mit diesen Vorschlägen ernsthaft befasst. Es müssen schon Antworten her, und die werden wir von der Politik und den Arbeitgebern einfordern.

Bei allen berechtigten Sorgen um die weitere wirtschaftliche Entwicklung und die Arbeitsplätze sollten wir auch sehen:

Es ist nicht so schlimm gekommen, wie es viele vorausgesagt haben.

Wir sollten das als Ermutigung verstehen.

Das staatliche Handeln mit den Konjunkturpaketen I+II zeigt Wirkung, und sie laufen ja noch.

Zwar sagt auch die Bundeskanzlerin ganz richtig, nun komme es darauf an, die Wachstumskräfte weiter zu stärken.

Das ist sicherlich notwendig.

Aber was dazu in den Berliner Koalitionsverhandlungen bislang diskutiert wird, das hilft nicht wirklich.

Jetzt ist ganz sicher nicht der Zeitpunkt, den Unternehmen allgemeine Steuersenkungen in Aussicht zustellen.

Das geht entweder zulasten der staatlichen Leistungsfähigkeit oder auf Kosten künftiger Generationen.

Beides widerspricht einer nachhaltigen Finanz- und Wirtschaftspolitik.

Statt Steuergeschenke in der vagen Hoffnung zu verteilen, das werde sich schon irgendwie in Wachstum niederschlagen, muss die Politik eine Antwort auf die Frage geben: Wer bezahlt am Ende diese Krise?

Es muss doch zu denken geben, wenn der Bundespräsident kritisiert – ich zitiere:

„Die Diskussion darüber, wer die Kosten der aktuellen Krise eigentlich trägt, hat noch nicht einmal ernsthaft begonnen.“

Das können jedenfalls nicht die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sein, die zahlen.

Das können auch nicht unsere Kinder und Enkel sein.

Von uns hat niemand diese Krise bestellt.

Vor uns liegen große Aufgaben, die wir nicht durch Staatsverschuldung oder Sozialabbau finanzieren wollen.

Das geht nur, wenn wir gerecht finanzieren, und dazu ist ein Mehr an sozialem Ausgleich notwendig.

Das erfordert den politischen Mut, Fehlentwicklungen zu korrigieren.

- Wir fordern eine höhere Spitzensteuer. Ab 125.000 Euro Einkommen kann man in der Krise auch 50 Prozent Steuern zahlen. Damit lassen sich Mehreinnahmen in Milliardenhöhe erzielen. Das ist in diesen Zeiten ein unverzichtbarer Beitrag zu sozialer Gerechtigkeit.
- Wir wollen, dass sich unser Land ein Beispiel nimmt an der schwierigen Nachkriegszeit und der damals großen Aufgabe, die Millionen Flüchtlingsdeutschen zu unterstützen. Nach diesem Vorbild fordern wir ein neues Lastenausgleichsgesetz. Damit wollen wir einen einmaligen Abschlag von 2 Prozent auf hohe Geld- und Immobilienvermögen erheben. Das kann die überstrapazierten öffentlichen Kassen kurzfristig um 100 Milliarden Euro entlasten. Wir brauchen zusätzliche Mittel, um Beschäftigung zu sichern und um die Beitragssätze in der Sozialversicherung stabil zu halten. Die dazu erforderlichen Mittel sollen dem Staat in Form einer Anleihe zugehen und nach 15 Jahren mit niedriger Verzinsung zurückgezahlt werden. Wir schließen uns damit einem ähnlichen Vorschlag der IG Metall an.
- Wir sehen zudem die Chancen einer neuen Finanzmarktsteuer, wenn möglich auf europäischer Ebene. Diese Steuer hätte unter anderem den Vorteil, tatsächlich diejenigen an den Kosten der Krise zu beteiligen, die für den Blackout im Kasino die größte Verantwortung tragen, jedenfalls mehr als anderen Ak-

teure in der Wirtschaftswelt. Bei einem Steuersatz von lediglich 0,1 Prozent, sind Einnahmen von über 35 Milliarden Euro zu erwarten. Wir fordern die Bundesregierung auf, eine solche Finanzmarktsteuer unverzüglich zu erheben und sie auch in der Europäischen Union durchzusetzen.

- Gleichzeitig wollen wir vor allem den klein- und mittelständischen Unternehmen helfen aus der Krise herauszukommen. Wir fordern deshalb eine bessere steuerliche Absetzbarkeit von Zinszahlungen und Verlustvorträgen. Und wir fordern, die Risikobewertung nach Basel II auszusetzen und so die Kreditvergabe an die klein- und mittelständischen Firmen zu erleichtern. Grundsätzlich müssen auch die Unternehmen einen Beitrag zu den Krisenkosten leisten. Aber wir wollen nur leistungsfähige Unternehmen in Anspruch nehmen – und nicht unbedingt jetzt, in der Krise, aber dann, wenn sie wieder Erfolge feiern. Wir halten es für richtig, dass Unternehmen in Zukunft nicht anders behandelt werden als Privatpersonen im Einkommensteuertarif. Wir fordern, das Prinzip der Steuerprogression auch bei den Unternehmenssteuern zur Anwendung zu bringen. Statt Einheitstarif für alle, soll künftig der Steuersatz mit der Ertragskraft steigen.

Was wir vorschlagen, ist nichts anderes als Soziale Marktwirtschaft im Konkreten.

Wenn der Staat die Unternehmen in schwierigen Zeiten unterstützt, dann ist dafür auch eine Gegenleistung in besseren Zeiten zu erwarten.

Und umgekehrt haben Unternehmen, die in guten Tagen ordentlich Steuern zahlen, auch Anspruch auf staatliche Unterstützung, wenn das notwendig ist.

Union und FDP haben ihre Koalitionsverhandlungen mit einem Kassensturz begonnen.

Der hat offenbar zum Ergebnis, dass dem Bund in der neuen Legislaturperiode rund 300 Milliarden Euro fehlen.

Das Ziel eines ausgeglichenen Staatshaushaltes, das vor Kurzem noch erreichbar schien, ist seit der Krise wieder in weite Ferne gerückt.

Damit stellen sich neue finanzielle Fragen, die von der Politik bislang unbeantwortet geblieben sind.

- Wie sorgen wir dafür, dass der Staat über die Mittel verfügt, die er braucht, um weiter gestaltunfähig zu bleiben – auch und gerade zur Krisenbekämpfung?
- Wie sorgen wir für öffentliche Investitionen in Zukunftsfelder – in Bildung vor allem, aber auch in den Ausbau einer energieeffizienten Infrastruktur?
- Wie sorgen wir für Generationengerechtigkeit, also dafür, dass unsere Kinder und Enkel nicht eine übermäßige Staatsverschuldung vorfinden, zu einer Zeit, in der sie auch für mehr ältere Menschen aufkommen sollen?

Sozialabbau ist keine tragfähige Antwort auf diese Fragen.

Und genauso wenig ist der Schuldenstaat ein gangbarer Weg in die Zukunft.

Stattdessen brauchen wir eine Finanzpolitik, die Innovation fördert und Investitionen in den Fortschritt möglich macht.

In diesem Sinne bedeutet soziale Gerechtigkeit in der Steuerpolitik nicht nur, dass starke Schultern mehr tragen als die schwächeren.

Soziale Gerechtigkeit ist darüber hinaus notwendige Zukunftsvorsorge.

Wir erwarten von der neuen Bundesregierung selbstverständlich, dass sie neue Regeln sowie mehr Transparenz und Kontrolle auf den Finanzmärkten durchsetzt.

Wir erwarten, dass sich die Bundesregierung nach Kräften für eine entsprechende europäische und weltweite Regulierung einsetzt.

Bislang ist noch keine wirksame Vorsorge getroffen, dass sich die Krise auf den Finanzmärkten nicht wiederholen kann.

Wir hatten vier große Krisen in nur 20 Jahren, das darf sich nicht fortsetzen.

Wir müssen weg von diesen Monstern und wieder hin zu richtiger Entwicklung in der Realwirtschaft.

Wir müssen umdenken, und das beginnt bei den konjunkturellen Erwartungen.

Messlatte für eine gute oder eine weniger gute Entwicklung können nicht die beiden Ausnahmejahre 2007/2008 sein.

Wir müssen uns orientieren an einem stetigen Wachstum, das nicht um den Preis der Verantwortungslosigkeit erzielt wird.

Deshalb wehren wir uns auch gegen völlig überzogene Erwartungen an die Performance unserer Unternehmen.

Rote Zahlen sind schlecht, schwarze Zahlen schon einmal gut.

Was eine angemessene Kapitalverzinsung ist, kann aber nicht durch Renditeziele der Finanzmärkte, sondern nur durch tatsächliche Wachstumschancen und Innovation vorgegeben werden.

Der Ursprung von Wohlstand ist die industrielle Produktion.

Hier beginnt die Wertschöpfungskette.

Seit der Krise rückt das wieder stärker ins öffentliche Bewusstsein, und das ist gut so.

Wohlstand ist kein Index an der Börse, Wohlstand wird erarbeitet.

Und dazu bedarf es einer vorausschauenden, nachhaltig angelegten Industriepolitik.

Wir müssen uns in Deutschland stärker um gute Rahmenbedingungen für erfolgreiche Unternehmen kümmern.

Wir müssen uns kümmern, weil wir Arbeitsplätze erhalten wollen und weil wir Arbeitslosigkeit bekämpfen wollen.

Wir müssen uns aber auch kümmern, weil wir nur mit industrieller Innovation die großen Herausforderungen bestehen werden.

Wir brauchen unsere Industrie als Problemlöser.

Eine nachhaltige Entwicklung ist ohne unsere Branchen und Unternehmen nicht denkbar.

- Die chemische Industrie stellt zum Beispiel organische Leuchtdioden her, die heute schon in Autoradios und Mobiltelefonen zum Einsatz kommen. Voraussichtlich 2011 wird diese Technologie die konventionellen Energiesparlampen ersetzen. Die neuen Leuchtdioden benötigen nur halb so viel Strom und haben eine längere Lebensdauer. Allein im Jahr 2005 haben Produkte der Chemie weltweit den Ausstoß an Treibhausgasen um gut 4,6 Milliarden Tonnen reduziert.
- Die Kunststoffindustrie liefert hocheffiziente Isolationsmaterialien und Wärmedämmstoffe für die energetische Sanierung von Gebäuden. Mit Dämmstoffen, deren Herstellung 1 Liter Rohöl erfordert, können über 50 Jahre 400 Liter Öl eingespart werden.
- Die Glasindustrie produziert Verpackungsmaterialien, die sich zu 100 Prozent recyceln lassen, und Glasfaserkabel, ohne die eine schnelle Datenübertragung im Internet nicht möglich wäre.
- Die Papier- und Zellstoffindustrie hat den Energieeinsatz um 25 Prozent pro Tonne Papier gesenkt. Die Wiederverwertungsquote von Altpapier liegt in der deutschen Papierindustrie bei 68 Prozent. Das ist Weltspitze.
- Moderne Kohlekraftwerke in Deutschland haben einen Wirkungsgrad von über 45 Prozent. Der globale Durchschnitt liegt bei 30 Prozent. Die Effizienzsteigerungen und Ressourcenschonung im Kraftwerksbereich sind vorbildhaft.
- Die Kali-Industrie entwickelt und produziert hocheffiziente Düngemittel und leistet so einen wichtigen Beitrag, um höhere Ernteerträge bei guter Qualität zu ermöglichen. Wie wichtig das ist, zeigt eine Zahl: Im Jahr 2050 werden voraussichtlich 9 Milliarden Menschen auf der Erde leben, drei Milliarden mehr als heute.
- Bemerkenswert sind auch diese Zahlen: In den letzten 20 Jahren ist die Lebenserwartung der Deutschen um vier Jahre bei den Männern und um fünf Jahre bei den Frauen gestiegen. Und die Menschen bleiben immer länger gesund. Daran hat auch die Pharma-Industrie ihren Anteil. Allein 2007 haben die forschenden Arzneimittelhersteller 31 neue Wirkstoffe zur Behandlung von Krankheiten bereit gestellt.

Es wäre nicht schwer, die Liste der Beispiele zu verlängern.

Aber ich denke, auch so ist deutlich geworden, dass es ohne technologischen Fortschritt, ohne innovative Produktionsprozesse und ohne neue Produkte keine gute Zukunft geben wird.

Man muss aber auch darüber sprechen, und das machen die Unternehmen viel zu wenig.

Mitunter hat man fast den Eindruck, als sei es ihnen peinlich, zum gesellschaftlichen Fortschritt beizutragen.

Wer die Akzeptanz-Diskussion so führt, vermittelt von vornherein den Eindruck, als traue er seinen eigenen Argumenten nicht.

Wir erwarten, dass sich die Unternehmen in die gesellschaftliche und in die politische Diskussion begeben und Überzeugungsarbeit leisten, statt nur zu lamentieren.

Das gehört auch zu einem modernen Verständnis von Unternehmertum in einer demokratischen Gesellschaft.

Selbstverständlich ist industrielle Produktion mit Belastung verbunden, selbstverständlich sind beispielsweise Gentechnologie oder bestimmte nanotechnische Verfahren umstritten.

Entscheidend ist aber immer, ob Risiken beherrschbar und verantwortbar sind – und die Chancen dann auch zu nutzen.

Ideologiegetriebene Auseinandersetzungen helfen da nicht weiter.

Wir setzen auf eine offene, faire und sachorientierte Debatte über Risiken und Chancen.

Auf Dauer brauchen wir eine breite gesellschaftliche Akzeptanz von Forschung und Entwicklung, wenn neue Technologien und neue Produkte weiterhin aus Deutschland kommen sollen.

Deshalb fordern wir die Politik auf, eine „nationale Strategie für Industriepolitik“ aufzustellen.

Deutschland muss seine Kräfte bündeln, Ziele benennen und seine Innovationsfähigkeit stärken.

Dazu brauchen wir auch Anreize für Unternehmen und klare Signale, wo es langfristig hingehet.

- Es wäre zum Beispiel überaus schädlich, wenn die Unternehmen aus kurzfristigem Kostenkalkül Ausgaben für Innovationen zurückstellen würden. Aus diesem Grund befürworten wir eine stärkere steuerliche Förderung von Forschungsaufwendungen in Deutschland. Kurzfristiges Krisenmanagement verbindet sich in diesem Fall sinnvoll mit langfristiger Zukunftsvorsorge.

Was nicht dazu passt, was einer zukunftssträchtigen forschungs- und Industriepolitik gänzlich widerspricht, das erleben wir gerade in Berlin.

Union und FDP sind dabei die deutsche Solarindustrie in ihrer Wettbewerbsfähigkeit entscheidend zu belasten.

Da geht es um Arbeitsplätze von morgen.

Auch eine sichere Energieversorgung zu vertretbaren Preisen ist eine wesentliche Voraussetzung für industrielle Produktion.

Und auch hier gilt: Wer in Deutschland Energie erzeugen will, braucht dafür gesellschaftliche Akzeptanz.

Unsere Forderung nach verantwortlichem Handeln richtet sich gleichermaßen an Unternehmen und Politik.

Die Unternehmen müssen durch offene und ehrliche Kommunikation Vertrauen in der Bevölkerung schaffen.

Die Politik muss Planungssicherheit gewährleisten durch einen klaren rechtlichen Rahmen.

Damit sie die industrie- und energiepolitischen Weichenstellungen vornimmt, und nicht Gerichte.

Dazu muss die Politik über die Grenzen von Wahlkreisen hinaus denken.

Vor allem aber muss die Politik deutlich machen, was sie will.

Seit Helmut Schmidt hat Deutschland kein klares energiepolitisches Konzept mehr.

Dieser Zustand muss beendet werden.

Unser Industrieland braucht eine klare, verlässliche energiepolitische Perspektive.

Wir sind bereit, daran mitzuarbeiten.

Und wir haben klare Vorstellungen von einer zukunftsfähigen Energieversorgung für Deutschland.

In den zukünftigen Energiemix gehören regenerative Energiequellen und saubere Kohle.

Kernenergie spaltet.

Nicht nur physikalisch.

Wer jetzt eine neue Debatte um den Neubau von Kernkraftwerken löst, wird nur Konfrontation auslösen.

Eine neue Kernkraft-Kontroverse würde das dringend erforderliche energiepolitische Gesamtkonzept auf lange Zeit blockieren.

Denn es hat nur bei einer breiten Unterstützung eine realistische Chance.

Deshalb rufe ich auch in dieser Frage Unternehmen und Politik zu verantwortlichem Handeln auf.

Wir brauchen einen neuen energiepolitischen Konsens.

Ich habe den Klimawandel bereits als eine der großen Herausforderungen genannt.

Wir nehmen diese Herausforderung sehr ernst.

Das hat auch für die Energiepolitik große Bedeutung.

Wir wollen, dass Deutschland und Europa umweltfreundliche Industriestandorte bleiben.

Aber dazu müssen sie auch wettbewerbsfähige Standorte bleiben.

Deutsche Industrieunternehmen verzeichnen im internationalen Vergleich der Energiekosten bereits seit Jahren Wettbewerbsnachteile.

Mit zunehmender Tendenz.

Doch die klimapolitischen Ziele und Instrumente dürfen die Entwicklungspotenziale unserer Industrie nicht gefährden.

Sonst wird industrielle Produktion, vor allem energieintensive, an Standorte außerhalb der EU verlagert.

Das hätte zusätzliche Emissionen zur Folge.

Klima und Umwelt ist damit nicht gedient.

Deshalb unterstützen wir die Bemühungen, weltweite verbindliche Strategien zur Bekämpfung des Klimawandels zu verabreden.

Das ist der beste Weg, unfaire Wettbewerbsverzerrungen zu vermeiden.

Solange keine verbindlichen Minderungsziele für alle großen CO₂-Emittenten gelten, sind einseitige Minderungen der EU ökonomisch und ökologisch gefährlich.

Sie könnten bei uns zum Aus für hocheffiziente Produktionen führen, die oft auch für den Klimaschutz wertvolle Beiträge leisten.

Ich habe das ja bereits an einigen Beispielen erläutert.

Wir bewältigen den Klimawandel nicht durch Rückschritt und Verzicht, sondern durch Fortschritt und Technologie.

Das gilt bei regenerativen wie fossilen Energien gleichermaßen.

Deutschland ist bei der Abscheidung und Speicherung von Kohlendioxid weltweit Spitze.

In den USA und Norwegen wird das auch schon gemacht.

Die so genannte CCS-Technologie

(Carbon Capture and Storage)

kann Stromerzeugung fast ohne CO₂-Emissionen ermöglichen.

Sie ist ebenso wie die Solarenergie eine Zukunftstechnologie. Auch sie wird bei uns qualifizierte Arbeitsplätze und Exportchancen schaffen.

Auch sie kann in anderen Ländern in großem Maßstab eingesetzt werden, in China beispielsweise.

Denn weltweit wird der Einsatz von Kohle massiv zunehmen.

Doch bisher ist CCS eher ein weiteres trauriges Beispiel dafür, wie fahrlässig in Deutschland mit neuen Technologien umgegangen wird.

Das längst überfällige und bereits von der Regierung beschlossene CCS-Gesetz ist im Bundestag an der Union gescheitert.

Verantwortliches Handeln ist so etwas nicht. Von der neuen Bundesregierung erwarten wir eine schnelle Lösung, die CCS befördert, nicht behindert.

Denn an der Kohle führt kein Weg vorbei.

In China und Indien nicht, auch in Deutschland nicht.

Deshalb können und wollen wir auf unsere heimische Kohle und den Neubau umweltverträglicherer Kohlekraftwerke nicht verzichten, schon gar nicht aus ideologischen Gründen.

Zwei Drittel unserer Energie stammen aus Importen, und auch spaltbares Material gehört dazu.

Diese Abhängigkeit darf nicht weiter wachsen.

Darum bleibt es dabei: Wir müssen alle heimischen Energieträger nutzen, Stein- und Braunkohle ebenso wie die regenerativen.

Dass die FDP nun Regierungspartei ist, ändert nichts an den energiepolitischen Grunddaten.

Ein Auslaufen des Steinkohlenbergbaus war vor der Wahl falsch und ist nach der Wahl falsch.

Wir treten unverändert für die Revision des Ausstiegs in 2012 ein.

Auf dem Weg in die Nachhaltigkeit sind wir bereits ein gutes Stück voran gekommen, und zwar auf Basis verantwortbarer Technologien und industrieller Produktionsprozesse.

Sorgen wir dafür, dass jetzt nicht auf halbem Weg stehen geblieben wird.

Auch hier gilt: Stillstand ist Rückschritt.

Zu einem modernen Verständnis von Fortschritt gehört unverzichtbar ein neues Verständnis von der Bedeutung der Menschen für die Unternehmen.

Die Krise markiert auch in dieser Hinsicht eine Zeitenwende.

Die betriebswirtschaftliche Strategie, Gewinne zulasten der Beschäftigten zu erzielen, ist erkennbar an ihr Ende gelangt.

- Wer bis heute die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nur als Kostenfaktor begreift, der läuft in Gefahr die Zukunft zu verspielen.
- Wer immer noch glaubt, ständig höhere Leistung aus den Beschäftigten einfach herauspressen zu können, der versteht nichts von dem, worauf es in Zukunft ankommt.

Ein nachhaltiges Wachstum mit einer modernen Industrie beruht auf guter Arbeit, nicht auf billiger Arbeit.

Wirtschaftlicher Erfolg ist künftig mehr denn je von der Fähigkeit zur Innovation abhängig.

Innovation aber entspringt nur aus einer Quelle, und das sind die Beschäftigten mit ihrer Kreativität und mit ihrem Wissen.

Insofern steht Gute Arbeit für einen Paradigmenwechsel:

Moderne Personalpolitik muss künftig darauf ausgerichtet sein, die Arbeitskraft zu erhalten und zu fördern, statt sie zu verbrauchen.

Unsere Manager fordere ich auf, das endlich zu verstehen und entsprechend zu handeln.

Wir sagen Ihnen:

Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind die Zukunft moderner Unternehmen, und nichts sonst.

Gute Arbeit ist nicht nur ein Programm zur Humanisierung der Arbeitswelt, so notwendig die auch sein mag.

Gute Arbeit ist viel mehr.

Gute Arbeit ist der Ausgangspunkt einer neuen Ökonomie, die den Menschen in den Mittelpunkt stellt.

Gute Arbeit gibt es nicht umsonst, sie hat notwendige Voraussetzungen.

Einige Beispiele:

- Die Unternehmen müssen mehr in Ausbildung und Weiterbildung investieren.
- Die Unternehmen müssen mit einer familienbewussten Personalpolitik die Vereinbarkeit von Berufs- und Privatleben ermöglichen.

- Die Unternehmen müssen alters- und altersngerechte Arbeitsplätze schaffen.
- Die Unternehmen müssen neue, flexible Arbeitszeitmodelle entwickeln, die den Beschäftigten dienen.
- Die Unternehmen müssen sichere Arbeitsplätze mit verlässlichen Einkommen bieten. Leiharbeit und andere Formen unsicherer Beschäftigung haben mit Guter Arbeit nichts tun. Das wollen wir in unseren Betrieben nicht haben, das wollen wir stoppen.

Es wird Zeit, dass alle Arbeitgeber endlich begreifen:

Mit den alten Vorstellungen von oben und unten im Betrieb muss Schluss sein.

Wer auch in Zukunft auf den Märkten vorneweg sein will, der braucht uns.

Denn gute Arbeit gibt es in unseren Branchen nur mit unserer IG BCE, nur mit Mitbestimmung und Teilhabe der Beschäftigten.

Wir gestalten gute Arbeit und wir haben dazu schon einiges auf den Weg gebracht.

- Mit unseren Tarifverträgen zur Aus- und Weiterbildung.
- Mit der Offensive Bildung.
- Mit unserer Kampagne zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie.
- Mit dem neuen Demographie-Tarifvertrag.

Und natürlich ist es auch kein Zufall, dass die Betriebsratswahlen 2010 unter dem Motto stehen:

„Gute Arbeit kannst Du wählen!“.

Gute Arbeit braucht Betriebsräte.

Das ist nachweisbar.

In der Chemieindustrie zum Beispiel sind die Beschäftigten deutlich zufriedener mit ihren Arbeitsverhältnissen als in anderen Branchen.

Eben weil 84 Prozent der Beschäftigten in Betrieben mit Betriebsrat arbeiten.

Das gibt es so in keiner anderen Branche.

Ich finde, das ist ein Grund stolz zu sein.

Stolz auf unsere IG BCE und stolz auf die hervorragende Arbeit, die unsere Betriebsräte leisten.

Gute Arbeit und Sozialpartnerschaft sind Konzeptionen, die sich nicht nur gut ergänzen, sondern gegenseitig bedingen. Aber mit guter Arbeit in einer Wirtschaft, die auf Nachhaltigkeit ausgerichtet, wird auch unsere bewährte Sozialpartnerschaft eine neue qualitative Dimension erfahren müssen.

Sozialpartnerschaft beruht auf der Einsicht, dass es für beide Seiten von Vorteil ist, die gemeinsamen Interessen zu suchen.

Und wenn die Interessen unterschiedlich sind, dann suchen wir einen vernünftigen Kompromiss.

Aber Sozialpartnerschaft hält auch strittige Themen aus.

Das wollen wir künftig so weiterführen.

Wir erwarten allerdings, dass die Arbeitgeber mit uns gemeinsam Schlussfolgerungen aus der Krise und ihren Ursachen ziehen.

Wir haben in den vergangenen Jahren unseren Beitrag geleistet, um die Unternehmen in ihrer Wettbewerbsfähigkeit und in ihrer Ertragskraft wieder an die Weltspitze zu bringen.

Aber Exportweltmeister zu sein hat uns nicht vor der Krise gerettet.

Auch in den Vorstandsetagen unserer Unternehmen ist neues Denken gefragt.

Wer stattdessen in Versuchung gerät, die früheren Traumrenditen mit weiteren Zumutungen für die Beschäftigten erreichen zu wollen, der hat ein Problem mit uns.

Sozialpartnerschaft ist weder ein Schönwetter-Konzept, noch eine Einbahnstraße.

Wir wollen die Sozialpartnerschaft, weil das die richtige Form der Sozialbeziehungen in einer modernen Industriegesellschaft ist.

Und wir wollen dieses Modell weiter entwickeln.

Aber wir brauchen auch Arbeitgeber, die dieser Einladung folgen.

Die Krise lässt auch ein anderes Themenfeld in einem neuen Licht erscheinen.

Ich spreche von Systemen sozialer Sicherheit, auf denen auch unser Modell Deutschland aufbaut.

Die allgegenwärtige Kritik der Marktradikalen an unserem Sozialstaat ist weitgehend verstummt.

Denn in der Krise hat sich sein Wert bewiesen.

Die steigende Arbeitslosigkeit setzt die Sozialversicherung natürlich unter finanziellen Druck.

Deshalb brauchen wir einen höheren Anteil öffentlicher Finanzierung – Vorschläge dazu habe ich bereits gemacht.

Insgesamt sind Renten- und Arbeitslosenversicherung, Kranken- und Pflegeversicherung aber sehr stabil.

Vor den großen Lebensrisiken bleiben die Menschen in Deutschland besser geschützt als in vielen Ländern, in denen das Privatsache ist.

Umso wichtiger ist es, auch unser System sozialer Sicherheit jetzt neu zu begreifen.

Aufgabe des Sozialstaates ist nicht die Nachsorge, sondern Vorsorge.

Wir sollten nicht zuerst fragen, was unser Sozialwesen kosten darf, sondern welchen Gewinn wir daraus ziehen.

Sozialpolitik muss in Zukunft die Investitionslogik betonen.

Wir wollen mit Sozialpolitik die Fähigkeit unseres Landes und seiner Menschen fördern, die großen Herausforderungen der Zeit nachhaltig zu lösen.

Und das ist der richtige Weg.

In unserem Land darf es keinen Platz für Sozialabbau nach FDP-Rezepten geben.

Dagegen werden wir uns mit aller Kraft stemmen.

- Wir wollen ein Gesundheitswesen, das allen Bürgerinnen und Bürgern bestmögliche Leistungen bietet, unabhängig vom jeweiligen Einkommen.
- Wir wollen keine Zwei-Klassen-Medizin, der Trend einer schleichenden Privatisierung muss gestoppt werden. Am besten mit einer Bürgerversicherung für alle.
- Wir warnen die schwarz-gelbe Koalition, die paritätische Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung weiter infrage zu stellen. Wer künftig allein die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie die Patienten mit Kostensteigerungen im Gesundheitswesen belasten will, der muss sich auf Protest gefasst machen.
- Wir fordern ein neues Verständnis von Pflege. Leistungen der Pflegeversicherung sollen künftig pflegebedürftige Menschen unterstützen, ein möglichst selbstständiges Leben zu führen. Dazu brauchen wir einen ganzheitlichen Pflegebegriff, der Schluss macht mit einer unwürdigen Pflege im Minutentakt.

Unsere Vorstellungen, was in der Arbeitsmarktpolitik zu tun ist, habe ich bereits dargelegt.

Ich möchte das um eine Bemerkung ergänzen.

Es kann und darf nicht sein, dass Menschen im Fall längerer Arbeitslosigkeit erst verarmen müssen, ehe sie Arbeitslosengeld II erhalten.

Niemand sollte bei unverschuldeter Arbeitslosigkeit in Gefahr laufen, nach einem langen Berufsleben fast alles zu verlieren, ehe ihm Hilfe gewährt wird.

Die Union und die FDP haben im Wahlkampf angekündigt, das so genannte Schonvermögen beim Arbeitslosengeld II deutlich zu erhöhen.

Das fordern wir jetzt ein.

Es ist gut, dass die FDP mit ihrem Bürgergeld gescheitert ist.

Das war eine glatte Mogelpackung, die den Menschen nicht mehr Hilfe, sondern nur Sozialabbau beschert hätte.

Ich hoffe sehr, dass die Koalitionsverhandlungen noch eine bessere Lösung erbringen.

Wir jedenfalls werden uns nicht mit Kosmetik zufrieden geben.

Das gilt genauso für die Rente mit 67.

Vor einem höheren Rentenalter muss in jedem Fall die Schaffung von angemessenen Arbeitsplätzen für Ältere stehen.

Das darf allerdings nicht zulasten der Beschäftigungschancen von Jüngeren gehen.

Höhere Jugendarbeitslosigkeit und Altersarmut können nicht die richtige Antwort auf Probleme der Rentenversicherung sein.

Die IG BCE setzt sich für einen flexiblen Übergang in die Rente ein, für einen Korridor von 60 bis 67 Jahren statt der starren Grenze mit 67.

Nicht jeder kann oder will bis 67 arbeiten.

Außerdem sollte der Gesetzgeber es den Tarifparteien ermöglichen, für unterschiedliche Branchen und Betriebe unterschiedliche Formen des Übergangs in die Rente zu gestalten.

Aus gutem Grund hat der Gesetzgeber – im Übrigen auf Initiative der IG BCE – eine Überprüfungsklausel festgeschrieben.

Danach muss ab 2010 alle vier Jahre überprüft werden, wie es um die Beschäftigungschancen der Älteren bestellt ist.

Mit Blick auf die derzeitige Krise und die wieder steigende Arbeitslosigkeit fordern wir Gewerkschaften, den Einstieg in die Rente mit 67 zu verschieben.

Die Bedingungen für Rente mit 67 sind heute nicht erfüllt. Daran gibt es nichts zu deuteln.

Ich finde, wir können durchaus stolz darauf sein, dass in unserem Land die Regierungen einen Armuts- und Reichtumsbericht vorlegen müssen.

Das gibt es nicht oft, dass so offen die Verteilung von Einkommen und Vermögen dokumentiert wird.

Beschämend sind allerdings manche Ergebnisse dieses Berichts.

- Es ist ein gesellschaftlicher Skandal, dass in unserem reichen Land Armut vor allem Kinder trifft. Das sagt eine Menge darüber aus, wie wenig kinderfreundlich unsere Gesellschaft ist. Und immer noch sind es insbesondere allein erziehende Mütter, die oft nur notdürftig über die Runden kommen. Das kann und darf nicht so bleiben. Wenn wir ein neues demographisches Gleichge-

wicht erreichen wollen, dann müssen wir mehr tun für bessere Lebenschancen von Kindern und Familien, daran führt kein Weg vorbei.

Ein investiver Sozialstaat, der auf nachhaltige Entwicklung bedacht ist, muss aber nicht nur Armut bekämpfen.

Er muss mehr leisten, er muss den Menschen auch Möglichkeiten bieten, das Beste aus den eigenen Fähigkeiten zu machen.

- Stattdessen haben wir ein Bildungswesen, in dem viele junge Menschen keine realistische Chance erhalten. Das ist nicht nur im höchsten Maße ungerecht, das ist auch überaus schädlich für unser Land. Wir brauchen jede und jeden, um eine gute Zukunft für alle zu erreichen.
- Ein Recht auf eine gute Zukunft haben alle Menschen, die in unserem Land leben. Und deshalb erwarten wir gemeinsam mit unseren ausländischen Kolleginnen und Kollegen, dass die neue Bundesregierung endlich eine Integrationspolitik konzipiert, die diesen Namen auch verdient. Das fängt beim Sprachunterricht in den Kindergärten und Schulen an, das hört beim Wahlrecht nicht auf.

Viele soziale Probleme würden sich gar nicht stellen, wenn es genügend Arbeitsplätze für alle geben würde.

Die Massenarbeitslosigkeit ist ein Grundübel unserer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, mit dem man sich niemals abfinden darf.

Deshalb bleibt Vollbeschäftigung unser Ziel.

Und das geben wir auch in Zeiten der Krise nicht auf.

Unsere Gesellschaft darf sich nicht damit begnügen, lange Zeit arbeitslose Menschen leidlich zu versorgen, sie ansonst aber abzuschreiben.

Das ist menschenunwürdig, und auch deshalb brauchen wir eine Zivilisierung der Märkte.

Wir wollen eine Wende zu sozialer Verantwortung und ökonomischer Vernunft, um mit Fortschritt und Innovation in einer nachhaltigen Wirtschaft Arbeitsplätze für alle zu schaffen.

Was wir aber nicht wollen, ist mehr Leiharbeit und Arbeit zu Armutslöhnen.

Da hat sich in den vergangenen Jahren vieles zum Schlechten entwickelt.

Wir fordern, dass der Gesetzgeber den Missbrauch von Leiharbeit künftig verhindert.

Wir fordern Mindestlöhne für die Beschäftigten in all den Branchen, in denen es keine anständige Bezahlung gibt.

Dort brauchen wir starke Gewerkschaften.

Dass es solche Bereiche gibt, ist eine der größten Herausforderungen für uns Gewerkschaften.

Heute haben wir es mit mindestens drei Arbeitswelten zu tun.

- In den großen Unternehmen der exportorientierten Industrie sind wir stark. Da haben wir viele Mitglieder, da sorgen Betriebsräte und Tarifverträge für den Schutz der Beschäftigten, da nehmen wir Einfluss über die Mitbestimmung.
- Aber in vielen kleineren und mittelständischen Unternehmen und auch in manchen neuen Wirtschaftszweigen sind wir nicht mehr in der Lage, die Arbeitsbedingungen in gleicher Weise vernünftig zu prägen. Oft fehlt es an gewerkschaftlichen Strukturen, häufig auch an einer sozialpartnerschaftlichen Kultur und die Tarifbindung ist brüchig.
- Und dann sind da noch die nahezu gewerkschaftsfreien Betriebe und Branchen, die wir vor allem im Dienstleistungssektor vorfinden. Dort funktioniert fast nichts mehr von dem, was wir für richtig und notwendig halten. Tarifautonomie und Mitbestimmung sind faktisch außer Kraft gesetzt, die Arbeitsbedingungen sind unzumutbar, Arbeit gibt es nur zu niedrigster Bezahlung.

Die Übergänge zwischen diesen drei Arbeitswelten sind natürlich fließend, und die unterschiedlichen Arbeitswelten beeinflussen einander.

Die Frage ist, was müssen wir tun, um überall zu anständigen Arbeitsbedingungen zu kommen?

- Das setzt als erstes voraus, dass wir dort stark bleiben, wo wir stark sind.
- Und das setzt als zweites voraus, dass wir uns systematisch und gezielt daran machen, Gestaltungskraft überall da aufzubauen, wo sie uns bislang noch fehlt.

Kurzfristig ist den Menschen mit gesetzlichen Mindestlöhnen natürlich schon einmal geholfen.

Und das ist auch richtig so.

Aber damit ist es ja nicht getan.

Von guter Bezahlung und guten Arbeitsbedingen sind wir dann immer noch weit entfernt.

Das ist eine Herausforderung nicht nur für unsere IG BCE.

Das betrifft uns Gewerkschaften insgesamt.

Deshalb sollten wir das fortsetzen, was wir mit dem DGB-Projekt „Trendwende“ bereits begonnen haben.

Unsere IG BCE wird auf dem DGB-Bundeskongress im Mai beantragen, unter Federführung unseres Dachverbandes eine gewerkschaftliche Zukunftsstrategie zu entwickeln.

Wir werden darin unsere Erfahrungen mit unserem Zukunftsprozess der vergangenen Jahre gerne einbringen.

Ein starkes Europa ist unser Ziel.

Ein besonderes Augenmerk richtet sich auf unsere internationale Arbeit.

Europäisierung und Globalisierung,

Ihr kennt das aus eurer täglichen Erfahrung im Betrieb, können wir nicht allein mit nationalen Antworten begegnen.

Unser internationales Engagement folgt aber auch aus der Verpflichtung zur Solidarität.

- Wir wollen, dass alle Menschen zu ordentlichen Bedingungen und zu fairen Löhnen Arbeit finden – in China genauso wie in Brasilien oder auch in den USA.
- Wir wollen, dass die weltweiten Normen der Internationalen Arbeitsorganisation eingehalten werden, dass die Idee des Global Compact alle Menschen erreicht.
- Wir wollen, dass weltweit die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sich zu freien Gewerkschaften zusammenschließen können, dass sie teilhaben und mitbestimmen.

Dafür arbeiten wir in EMCEF und ICEM. Deshalb bauen wir unsere sehr erfolgreichen Netzwerke auf.

Darum unterstützen wir nach Kräften die Europäischen Betriebsräte.

Wir werden am Freitag noch Gelegenheit finden, darauf detailliert einzugehen.

Der Betrieb ist aus Sicht der Beschäftigten der Dreh- und Angelpunkt von Gewerkschaftsarbeit.

Hier stellt sich alltäglich die Frage nach unserer Kompetenz und Gestaltungskraft.

In der Arbeitswelt müssen wir als Organisation erlebbar und erfahrbar sein.

Wir müssen mit den Menschen im Gespräch sein und mit unseren Mitgliedern gemeinsam Probleme lösen.

Das ist umso notwendiger, je größer die Aufgaben werden, je unterschiedlicher die Erfahrungen und Erwartungen der Beschäftigten sind und je vielfältiger ihre Sorgen und Wünsche.

Mit der Zielgruppenarbeit haben wir eine gute zusätzliche Antwort darauf gefunden, wie wir eine noch größere Nähe zu den Beschäftigten herstellen.

Zielgruppenarbeit ergänzt und stärkt die Arbeit unserer Vertrauensleute und Betriebsräte.

Sie macht uns alle gemeinsam im Betrieb handlungsfähiger, wenn es gelingt, die Beschäftigten für unsere Arbeit zu begeistern, die bislang wenig einbezogen waren.

Und wir wollen an Handlungs- und Gestaltungskraft weiter zulegen.

Das ist notwendig,

- weil wir für gute Arbeit sorgen wollen.
- weil unsere Tarifpolitik Gestaltungschancen bietet, die in den Betrieben auch genutzt werden müssen.
- weil unsere Aufgaben in den Betrieben zahlreicher und anspruchsvoller werden, von der Standort- und Beschäftigungssicherung über die Vereinbarkeit von Beruf und Familie bis zur Aus- und Weiterbildung.

Unsere IG BCE ist eine lebendige Gewerkschaft.

Das zeigt sich nicht nur in der beeindruckenden Ausstellung über Zielgruppenarbeit im Foyer.

Wir bringen Menschen aus den unterschiedlichsten Branchen zusammen, von Schichtführer über Büroleiterin bis zum Brandmeister

Wir bringen Menschen zusammen, denen es Freude macht, die Verhältnisse mit zu gestalten, in denen wir arbeiten und leben.

Das zeigt sich Tag für Tag in unseren Betrieben und in unseren Ortsgruppen.

Ortsgruppen, Vertrauensleute, Betriebsräte, das sind die starken Säulen unserer Organisation.

Und diese Säulen haben wir um die Elemente Zielgruppenarbeit und Regionalforen noch verstärkt.

Das war und ist ein Prozess, auf den sich unsere IG BCE schon seit längerem eingelassen hat.

Ich erinnere an Stark und Opus, an unsere Zukunftsdebatte. Wir bleiben nicht stehen, wenn sich die Welt verändert.

Die große Linie, die wir dabei verfolgt haben, ist in wenigen Worten zu beschreiben.

Unser Ziel war und ist es, die Basis unserer Organisation zu kräftigen, sie vor Ort zu stärken und den Menschen ein attraktives Angebot zur Mitarbeit zu machen.

Wie erfolgreich das sein kann, dafür steht beispielhaft unsere Jugendarbeit.

Wenn Jahr für Jahr zwei von drei neuen Azubis bei uns Mitglied werden, dann darf man mit Fug und Recht von einer außerordentlich überzeugenden und außerordentlich erfolgreichen Jugendarbeit sprechen.

Nah bei den Themen der jungen Menschen zu sein, ihre Sprache zu sprechen und nicht nur miteinander zu arbeiten, sondern auch miteinander Spaß zu haben, darin ist dieser Erfolg begründet.

Und auf den sind wir alle stolz, und das macht auch Mut.

Denn warum sollten sich die Erfolge der Jugendarbeit nicht auf andere Beschäftigtengruppen übertragen lassen?

Unsere IG BCE nennt sich zu Recht Zukunftsgewerkschaft.

Mit unseren Themen sind wir auf der Höhe der Zeit und das gilt genauso für unsere organisatorischen Strukturen.

Und wir haben das Potential zu wachsen.

In unseren Branchen warten noch 500.000 Beschäftigte darauf, dass wir sie zu Mitgliedern der IG BCE machen.

Indem wir sie ansprechen,

indem wir sie überzeugen,

indem wir ihre Probleme ernst nehmen.

- Wenn es richtig sein sollte, dass Frauen auch in unseren Branchen in der Bezahlung benachteiligt sind, dann muss man das abstellen.
- Natürlich werden wir in Zukunft in Betriebsräten und Gremien mehr Frauen zur Mitarbeit motivieren. Und warum nicht auch in den Aufsichtsräten? Da haben nicht nur die Anteilseigner Nachholbedarf.

Ich bin fest davon überzeugt:

Wir sind auf einem guten Weg, in der Mitgliederentwicklung tatsächlich eine Trendwende zu schaffen.

Und ich möchte mich bei all denen herzlich bedanken, die mitgeholfen haben, uns auf diesen guten Weg zu bringen.

Dieser Dank gilt natürlich ganz besonders unseren Werberinnen und Werbern, das habt Ihr gut gemacht.

Mein Dank gilt zugleich unserer hauptamtlichen Mannschaft für gute Teamarbeit.

In den Betrieben ist die Zahl der IG-BCE-Mitglieder schon heute nahezu stabil.

Die außergewöhnlich positiven Ergebnisse unserer Organisation bei den Betriebsratswahlen zeigen zudem:

Es gibt keine grundsätzlichen und schon gar keine unüberwindbaren Vorbehalte gegenüber Gewerkschaften.

Es gibt im Gegenteil ein hohes Maß an Wertschätzung der betrieblichen Interessenvertretung – und damit unserer Arbeit.

Knapp 80 Prozent aller Betriebsräte sind Mitglied der IG BCE, bei den Betriebsratsvorsitzenden sind es fast 90 Prozent.

Unsere Aufgabe ist es, generelle Zustimmung in konkrete Mitgliedschaft zu verwandeln.

Deshalb werden wir vor allem in klein- und mittelständischen Unternehmen eine neue Mitgliederinitiative starten.

Auch die Beschäftigten da brauchen unsere starke IG BCE.

Neue Mitglieder zu gewinnen ist gewerkschaftliche Zukunftsvorsorge.

Dafür werden wir Mittel und Kräfte frei machen – als Investition in bleibende Stärke und Durchsetzungskraft.

Lasst mich zum Schluss noch einige Bemerkungen zu den Aufgaben machen, in sich in der nahen Zukunft stellen.

Das sind die Tarifrunden und die Betriebsratswahlen im nächsten Jahr.

Ich weiß, dass ich hier, unter uns, niemanden erklären muss, wie entscheidend wichtig Betriebsratsarbeit und Tarifpolitik sind.

Da reden wir über die zentralen Felder gewerkschaftlicher Gestaltung.

Als IG BCE werden wir umso erfolgreicher sein, je stärker wir Betriebspolitik und Tarifpolitik als Einheit verstehen.

Und auf beiden Feldern müssen wir nah bei unseren Mitgliedern und den Beschäftigten sein.

Wir brauchen die Unterstützung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, um gerade in diesen schwierigen Zeiten Beschäftigung und Einkommen zu sichern.

Um diese starke Unterstützung zu finden, müssen wir unsere Kolleginnen und Kollegen noch stärker einbeziehen, als wir das bislang schon getan haben.

Dann werden wir unsere tarifpolitischen Erfolge fortschreiben können, dann werden wir weiter mit unseren Betriebsräten Arbeitsplätze und Ausbildung sichern.

Unsere Aufgaben für die Zukunft sind klar:

- Wir wollen eine Beteiligung am Unternehmenserfolg und dessen gerechte Verteilung.
- Wir wollen Arbeitszeit und Lebenszeit gestalten, und zwar in Umfang, Lage und Form.
- Wir wollen Altersvorsorge und die Perspektiven für die Jugend weiter entwickeln.

- Wir wollen Arbeitsplätze schützen und vor allem neue schaffen.

In Zukunft wollen wir auch klarstellen:

Die Leistungen unserer IG BCE sind nicht vergeblich.

Wer Mitglied unserer Gewerkschaft ist, wer mit seinem Beitrag unsere Erfolge möglichst hat, der soll auch Vorteile davon haben – Vorteile gegenüber den Beschäftigten, die keinen Beitrag zahlen.

Ich bin sicher, wir werden künftig neue und zusätzliche Argumente für eine Mitgliedschaft in unserer IG BCE anbieten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

- eine starke IG BCE,
- eine offene und selbstbewusste IG BCE,
- eine diskussionsfreudige und lebendige IG BCE,
- eine solidarische und erfolgreiche IG BCE,

dafür lohnt es sich allemal zu arbeiten und zu streiten.

Und es lohnt sich, für eine freie, demokratische und solidarische Gesellschaft einzustehen.

- Wir wollen Fortschritt für die Menschen.
- Wir wollen Innovation für eine lebenswerte Zukunft.
- Wir wollen eine nachhaltige Entwicklung aus Verantwortung gegenüber unseren Kindern.
- Wir wollen verantwortliches Handeln in der sozialen Marktwirtschaft.
- Wir wollen Verantwortung in der Wirtschaft und wir wollen Arbeit und soziale Gerechtigkeit.

Das sind Ziele, die sind erreichbar.

Wenn wir zusammenhalten, wenn wir mit unseren Traditionen in die Zukunft gehen. und uns gemeinsam auf den Weg machen.

Wir wollen: Vorwärts denken. Verantwortlich handeln.

Vielen Dank, Glück auf!